

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährig . . . . . 96.—  
jährlich . . . . . 192.—

Rückstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich (rbb)

7. Jahrgang.

Freitag, 10. Juni 1927.

Nr. 134.

## Sie stimmen „im Prinzip“ zu.

Die Unterhändler in der „Dmíeřka“, beziehungsweise „Sestnactka“ haben sich geeinigt, das heißt, Svehla und Cerný haben auf einige der unsinnigsten und schandbarsten Bestimmungen gnädigst verzichtet, ohne Wesentliches an dem Werk zu ändern. Damit waren die Vertreter der deutschen Regierungsparteien abgefertigt und es lag nun an den kompetenten Körperschaften dieser Parteien, zur Verwaltungsreform in ihrer neuen, alten Gestalt Stellung zu nehmen. Zuerst beriet die Deutsche Christlichsozialistische Volkspartei, vorgestern der Bund der Landwirte. Dem Inhalt der über diese Beratungen ausgesendeten Communiqués sieht man es an, daß beiden Parteien der Beschluß nicht leicht fiel. Er ist auf den ersten Blick schon als der Ausdruck des schlechten Gewissens kenntlich und die Verlegenheit, in die sie durch Svehlas und Cernýs Unnachgiebigkeit einerseits, durch ihre Feigheit andererseits versetzt sind, erweist man aus jeder Zeile des Stammeß, durch das sie noch ein letztes Mal vor dem endgültigen feigen Verrat Mannhaftigkeit zu markieren suchen.

Was also wissen sie in dem Augenblicke zu sagen, da ihnen zugunsten wird, als Werkzeug dabei zu dienen, durch die Verwaltungsreform die deutsche Bevölkerung in ein neues laubdunkles Joch zu spannen, die tschechische Zentralgewalt zu vermindern, dem Selbstverwaltungsrecht einen tödlichen Schlag zu verleihen und die Willkürherrschaft der Polizei und Bürokratie in beispielloser Weise zu stärken? Erinnern wir uns doch, daß der Grund des Eintrittes der deutschbürgerlichen Aktivisten in die Regierung die Vorbereitung der nationalen Veröhnung war. Sie behaupteten dies wenigstens, und gerade ihr vorbehaltloser Eintritt sollte gegenüber jeder anderen Methode die beste sein, um die Herzen der nationalen Unterdrückten zu erweichen. Sie waren auch nicht faul, ihre Staatsstreue zu beweisen, besonders bei den Militärvorlagen, bei denen sie eine Gebetsdiakonie zeigten, daß sogar manche tschechische Parteien mit ihr kaum Schritt halten konnten. Auch keine Henkerstat gegen die Opposition war ihnen zuviel und bereitwillig halfen sie die demokratischen Grundlagen des Parlamentarismus um ein weiteres Stück zerstören, damit der tschechische Nationalfaschismus nur ja keine Ursache finde, mit ihnen unzufrieden zu sein. Wenn all das nicht genügt hat, den Deutschbürgerlichen einen Anspruch auf Belohnung zu sichern, damit sie einigermaßen gerechtfertigt vor ihren Wählern dastehen, wann haben sie dann je auf Dank zu hoffen? Ueber drei Milliarden für außerordentliche Rüstungszwecke, neue Opfer für die Ersatzreserve, Zertifikatsgesetz und noch viel mehr, sie haben willig alles auf dem Präsentierteller entgegengebracht, jetzt in u h t e doch eine Gegenleistung zum Zeichen der Anerkennung und Aufmunterung kommen. Etwas ein bißchen kulturelle Autonomie, oder eine Milderung der drakonischen Bestimmungen der Sprachenverordnung, oder eine Reform des Bodenantrags. Aber nichts kam, und noch weniger als nichts. Dieses Weniger ist die Verwaltungsreform, die das herrschende nationale Unrecht zu steigern bestimmt ist, und die durch Vernichtung zweier deutscher Gauen und durch die Einführung der Länderverfassung den Tschechierungsbestrebungen neue Waffen in die Hand gibt. Anstatt Vorbereitung des nationalen Ausgleichs als Wirkung der deutsch- und tschechisch-bürgerlichen Zusammenarbeit kommt dabei eine weitere Verschärfung der nationalen Gegensätze und eine Festigung der Macht der tschechischen Bürokratie heraus.

Die deutschen Christlichsozialen und die Landbündler haben in einem mehr ausgedrängten als freiwilligen Widerstand die Hartnäckigkeit Svehlas und Cernýs zu brechen gesucht. Dieser Versuch ist vorbeigeklungen. Was sich diese abhandeln ließen, das ist so dürftig, daß noch immer so viel verbleibt, um die Verwaltungsreform in ihrer antidemokratischen, bürokratisch-polizeilichen und national schädlichen Gestalt zu erhalten. Allen weiteren Wünschen

## Englands Arbeit in Sowjetrußland.

Die russische Regierung enthüllt ungeheuerliche Fakten und Pläne, die auf die englische Zerstörungsarbeit in Rußland hinweisen. — Bucharin, Stalin und Rykow sollten ermordet, der Kremel in die Luft gesprengt werden!

Moskau, 9. Juni. (Tsch.) Die Regierung der Sowjetunion veröffentlicht ein Komunique, in dem darauf hingewiesen wird, daß die Ermordung Woskows eines der Glieder der Rette der Ereignisse sei, die in ihrer Gesamtheit eine immer stärkere Bedrohung des Friedens bedeuten. Diese Bedrohung wird immer konkreter, ungeachtet der außerordentlichen Bemühungen der Sowjetregierung, den Frieden aufrecht zu erhalten. Im Zusammenhang mit diesem frevelhaften Mord, der auf eine ganze Reihe direkter und indirekter Angriffe seitens der englischen Regierung auf die Sowjetinstitutionen im Auslande und auf den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion seitens Großbritanniens folgte, erachtet es die Sowjetregierung gegenwärtig für notwendig, eine Reihe anderer Tatsachen bekanntzugeben, welche die Arbeit der englischen Regierung und ihrer untergeordneten Organe auf dem Territorium der Sowjetunion zur Genüge kennzeichnen.

Im Sommer 1925 wurde ein gewisser Kaufmann mit einem Sowjetpaß auf den Namen Steinberg beim illegalen Ueberschreiten der finnisch-sowjetrussischen Grenze von der Grenzgarde verhaftet und verhaftet. Bei seiner Vernehmung sagte er aus, er heiße Sidney George Riley und sei in Wirklichkeit

ein Angestellter des englischen Geheimdienstes, Kapitän der 141. britischen Luftfahrt und einer der Hauptorganisatoren der Luftart-Verschwörung.

der durch ein Urteil des Tribunals vom 3. Dezember 1918 als außerhalb der Gesetze stehend erklärt wurde. Riley behauptete,

daß er in der Sowjetunion eigens zwecks Organisation von terroristischen Anschlägen, Brandstiftungen und Aufrühen eingetroffen sei

und daß er auf der Durchreise aus Amerika in London beim Schatzkanzler Churchill gewesen war, der ihm persönlich Instruktionen zur Organisation terroristischer Attentate und anderer Diversionsakte erteilte. Seine schriftlichen Aussagen sind im Besitze der Sowjetregierung. Das bei weiteren Verhaftungen beschlagnahmte Material bestätigte vollumfänglich die Aussagen Rileys.

Ende des Jahres 1926 bereiteten die Organe der G.P.U. (Sowjet-Staatpolizei)

ein Attentat auf Petrowski, den Vorsitzenden des Zentralkomitees der Sowjet-

der Regierungsdemokratischen wird ein starres Nein entgegengezeigt — was sollen sie nun tun? Die peinliche Lage, in die sie versetzt sind, ist eine selbstverschuldet, denn niemand und nichts außer ihrer Gier nach Zölln und Kongrua hat sie dazu gezwungen, auf Gnade und Ungnade den Pakt mit der tschechischen Bourgeoisie einzugehen. Da sind sie nun beide, Christlichsozialisten wie Landbündler, zu der Meinung gelangt, es wäre das Beste, nach der Devise zu handeln: Ausruhen und weiterdienen.

Nach dieser Devise richten sich die von den zwei deutschen Regierungsparteien gefaßten Beschlüsse. Die Christlichsozialen haben beschlossen, für das Eingehen in die Spezialdebatte zu stimmen, und der Bund der Landwirte hat seine Kapitulation in die Form gekleidet, daß er erklärt, „im Prinzip“ dem Gesetzentwurf die Zustimmung zu erteilen. Mehr braucht Svehla von seinen deutschen Vasallen vorläufig nicht, und dieses, was er fordert, haben sie ihm pünktlich gegeben. Die Erfinder und Nachbeter der Schlagworte von der „nationalen Unzuverlässigkeit der Sozialdemokratie“ und vom „Versagen der Sozialdemokratie“ beweisen damit gründlich und deutlich ihre eigene nationale Unzuverlässigkeit. Sie beweisen auch, daß sie nicht „versagen“, allerdings wird die Tüchtigkeit, die sie an den Tag legen, der deutschen Bevölkerung in dauernder und schmerzlicher Erinnerung bleiben. Sie stimmen herz-

union und des allukrainischen Zentralkomitees, und auf Tschubar, den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der Sowjetukraine.

Zugleich wurde

ein Attentat auf Messing, den Vorsitzenden der Leningrader G.P.U.

verübt, wobei der Attentäter sich als Sohn des Petljurischen Obersten Truba, der zur Zeit Petljuras Kommandant in Charkow war und jetzt in Warschau lebt, erwiebs. Der Attentäter gehörte eine Zeitlang dem kommunistischen Jugendverbande an, um dies für die Zwecke des kontrerevolutionären weißen Terrors auszunutzen, und gehörte der gleichen Gruppe wie die Kontrerevolutionäre an, welche die Ermordung Petrowskis und Tschubars vorbereiteten. Gleichzeitig wurde Birjukow, vormalig Freiwilliger der Denikinarmee, verhaftet, der durch den kommunistischen Jugendverband versucht hatte, in die Partei einzutreten, und ein Attentat auf Vertreter der Ukrainischen Sowjetrepublik vorbereitet hatte. Am 12. März 1927 wurde im Großen Theater während der Feier des Jahrestages der Februarrevolution

auf Bucharin ein Attentat vorbereitet,

dem Bucharin nur durch Zufall entging. Derauf bereitete dieselbe Person, die sich als Sohn des Kaufmanns Gurewitsch erwiebs, ein Attentat auf Rykow und Stalin vor. Gurewitsch wurde rechtzeitig verhaftet. Am 10. Mai wurde eine Gruppe früherer Kolschakoffiziere, Zöglinge des adeligen Weiseninstitutes in Leningrad, verhaftet. Diese Gruppe stand, den Aussagen ihrer Mitglieder zufolge, in unmittelbarer Verbindung mit B h i t e, dem Leiter der Konsularabteilung der britischen Mission in Moskau.

Diese Gruppe bereitete im Auftrage der Mission eine Sprengung im Kremel und eine Sprengung des Großen Theaters während irgend einer großen Versammlung vor.

Zu der Nacht auf den 2. Juni bereitete die G.P.U. die Sprengung eines Hauses in der Nähe ihrer Kämlichkeiten. Hier wurde eine 4 Kilo-gramm schwere Melinitbombe ermittelte. Das Melinit befand sich in einer französischen Bombenhülle englischen Ursprungs. Demnach unterliegt es keinem Zweifel, daß die Bestandteile der Bombe aus dem Auslande eingeführt wurden. Davon zeugen auch von den Attentätern zurückgelassene Gegenstände.

haft — wie eben Henker schon sind — dem Schandentwurf über die Verwaltungsreform zu — doch das böse Gewissen drückt sie und sie fürchten auch die Empörung ihrer Wähler. Darum suchen sie den Eindruck zu erwecken, ihre Zustimmung sei keine endgültige und bindende, nur eine „im Prinzip“, und die endgültige Stellungnahme werde von der Erfüllung bestimmter Forderungen abhängig gemacht werden. Welche Forderungen dies sind, wird nicht gesagt, das wäre gefährlich, denn dann hätte die Öffentlichkeit die Möglichkeit, durch Vergleich des Geforderten mit dem Erreichten den Mut und den Einfluß der Deutschbürgerlichen nachzuprüfen. Nun, jedenfalls haben sie „bestimmte Forderungen“ gestellt und man wird sehen, was dabei herauskommt. Man kann schon jetzt sagen, daß das Wort leerer Schall bleiben wird.

Herr Svehla hält seine deutschen Gefolgsmänner fest an der Leine. Andererseits erfüllt sie Furcht, daß etwas mehr Mut zum Verlust ihrer Ministerstühle und zum offenen Scheitern ihres Regierungsexperimentes führen könnte. Diese Furcht, die ihnen schließlich das offene Ja für das Schandwerk abzwängen wird, ist so groß, daß sie nicht einzusehen vermögen, wie sehr jeder andere Schritt für sie noch immer vorteilhafter und ehrenvoller wäre, als der, zu dem sie Svehla mit seiner unerhörten Verwaltungsreform einladet.

Am 7. Juni wurde der Gesandte W o j k o w von einem polnischen Staatsangehörigen ermordet, wobei englische Blätter bereits ein freches Interview mit Sablin, einem früheren zaristischen Diplomaten, brachten, der in Verbindung mit englischen Ministern steht und dem Mörder direkt rechtfertigt. Die englische Hand, die den Schlag seitens des polnischen Staatsangehörigen lenkte, ist hierin deutlich zu erkennen. Ebenfalls am 7. Juni wurde zwischen den Stationen Szydanowitschi—Minsk

eine Eisenbahnkatastrophe organisiert, bei der Opansti, stellvertretender Bevollmächtigter der G.S.U. für den weißrussischen Militärbezirk, der einen solchen verhassten polnischen Spion auf einer Draifine transportierte, getötet wurde.

Gleichfalls am 7. Juni wurden in Leningrad im Diskussionsklub der kommunistischen Partei zwei Bomben geschleudert, wobei etwa 30 Personen verwundet wurden. Von den Verbrechern zurückgelassene Sachen verweisen ebenfalls auf die ausländische Herkunft der Terroristen hin. Zugleich wurden an verschiedenen Orten der Sowjetunion Brandstiftungen in Fabriken, Werken und Militärmagazinen aufgedeckt. Ende Mai wurde in Leningrad die Pulverniederlage in Brand gesteckt, wobei der Schuldige im Auftrage estnischer Agenten der englischen Regierung arbeitete. Ein anderer Brandstifter gestand, im Auftrage finnischer Agenten der englischen Regierung gearbeitet zu haben. Auch einzelne Fälle der Beschädigung von Fabriksausrüstungen wurden aufgedeckt, wobei die Untersuchung bewiesenen bösen Willen feststellte.

Demnach ist es völlig klar, daß die englische Regierung,

welche die Kriegsvorbereitung gegen die Sowjetunion mit allen Mitteln und auf allen Wegen in raschem Tempo betreibt, bestrebt ist, die friedliche Arbeit der Völker der Sowjetunion zu stören.

Es ist bezeichnend, daß alle diese abenteuerlichen Versuche auch nicht im geringsten in der Sowjetunion selbst wurzelten. Die verbrecherischen Abenteuer der reaktionären ausländischen Agenten stehen in schreiendem Widerspruch zu den mächtigen organischen Wachstum der großen Union. Die Sowjetregierung verteidigt sicher ihre Position der friedlichen Arbeit und des Aufbaues. Doch sie erfüllt ihre Pflicht, indem sie ihr Aufbauwerk noch energischer weiterführt, um vor der ganzen Menschheit und in erster Reihe vor den Völkern ihres eigenen Landes die sowjetfeindliche Politik des britischen Kabinetts und seiner Agentur aufzudecken. Die Regierung richtet an die werktätige Bevölkerung den Aufruf, Fabriken, Werke, Niederlagen, Stationen und so weiter zu schützen. Die Regierung macht es der G.P.U. zur Pflicht,

entschiedene Maßnahmen zum Schutze des Landes vor den ausländischen Spionen, Brandstiftern und Mördern nebst deren monarchistischen weißgardistischen Verbündeten zu ergreifen.

Die Regierung erklärt, daß sie, gestützt auf die breiten werktätigen Massen, das Land von den Feinden säubern und es verteidigen wird, das sozialistische Aufbauwerk vor jeglichen Anschlägen zu schützen.

## Proteststurm in Rußland.

Moskau, 9. Juni. (Tsch.) Die Ermordung des Sowjetgesandten Woskow hat in der Sowjetunion allgemeine Erregung hervorgerufen. Aus Charkow, Leningrad, Minsk, Sverdlowsk und Kiev werden zahlreiche Protestversammlungen und Kundgebungen gemeldet. An den Demonstrationen in Moskau beteiligten sich mehrere hunderttausend Personen. Besonders groß waren die Demonstrationen vor dem Gebäude des Außenkommisariats, wo Demonstrationen von drei Uhr nachmittags bis spät abends vorbeidestinierten. Die Worowski-Straße, wo sich das Gebäude der polnischen Gesandtschaft befindet, war von einem verstärkten Milizaufgebot abgesperrt. In den in den Versammlungen angenommenen Resolutionen wird hervorgehoben, die Ermordung Woskows sei in engem Zusammenhang mit der sowjetfeindlichen Politik Englands, und darauf hingewiesen, daß die polnische Regierung die Verantwortung für den Mord trage. Es wird eine strenge Bestrafung des Mörders und die Liquidierung der weißgardistischen Organisation in Polen verlangt.

Der Warschauer Gesandtenmörder.

Warschau, 9. Juni. Die Warschauer Blätter bringen Einzelheiten über die Person des Attentäters Kowarda. Dieser ist der Sohn eines russischen Lehrers, eines ehemaligen Mitgliedes der russischen sozial-revolutionären Partei, seine Mutter ist eine weißrussische Bäuerin. Am 22. Mai reiste Kowarda von Warschau nach Paris. Er soll sich von seiner Familie schweren Herzens verabschiedet und beim Abschied geweint haben. Im Gespräch mit seinen Anhängern soll Kowarda sich geäußert haben, seiner Ansicht nach könnte die Ermordung Stalins und Rykows den Sturz des Sowjetregimes beschleunigen. Er würde deshalb nach Moskau reisen. Bei der Hausdurchsuchung in der Wohnung der Familienangehörigen Kowardas wurde nichts Belastendes vorgefunden.

Kowarda verhält sich im Gefängnis ruhig, zeigte jedoch gestern bereits große Niedergeschlagenheit. Er behauptete bei seiner ersten Vernehmung, er hätte Woskow für die Millionen Landsleute, welche in Rußland leiden, getötet. Der Attentäter behauptet, keiner politischen Organisation angehört und aus eigenem Antriebe gehandelt zu haben.

Polnische Antwortnote.

Warschau, 9. Juni. Der polnische Gesandte in Moskau hat im Laufe des heutigen Tages dem Stellvertreter des Volkskommissars für Aussenwärtiges Litwinow die Antwort der polnischen Regierung auf die geistige Note der sowjetrussischen Regierung betreffend das Attentat gegen den sowjetrussischen Gesandten Woskow überreicht.

Die englischen Genossenschaften und die Arbeiterpartei.

London, 8. Juni. Der Jahreskongreß der britischen Konsumgenossenschaften hat mit 1960 gegen 1843 Stimmen, wovon jede Stimme 1000 Mitglieder repräsentiert, einem Abkommen über die politische Zusammenarbeit zwischen den Genossenschaften und der Arbeiterpartei seine Zustimmung gegeben. Das Abkommen sieht ein gemeinsames Komitee aus Vertretern der Arbeiterpartei und der Konsumgenossenschaftspartei vor. Die Vereinbarung bedarf jetzt noch der Genehmigung durch den Parteitag der Arbeiterpartei. Die Hauptbedeutung des Abkommens liegt darin, daß in Zukunft alle politischen Kivalitäten zwischen der Arbeiterpartei und der kleinen Genossenschaftspartei, deren Abgeordnete übrigens schon bisher der Parlamentsfraktion der Arbeiterpartei angehört, sowie die Doppellandidaturen in Wahlkämpfen fortfallen. Die Opposition gegen das Abkommen ist nicht als Opposition der Konsumgenossenschaften gegen die Arbeiterpartei zu betrachten, sondern lediglich gegen jede politische Veräufung der Konsumgenossenschaften.

Die Räumung des Saargebietes in vollem Gange.

Zaarbrücken, 9. Juni. Die Räumung des Saargebietes durch die französischen Truppen, die bis zum 12. Juni beendet sein soll, ist in vollem Gange. Ein Bataillon und eine Kompanie sind gestern nach Forbach, beziehungsweise Saarbrücken abtransportiert worden. Der Abzug der noch verbliebenen Truppen ist in Vorbereitung.

Der Kondor.

Erzählung von Robert Grösch.

Der Kondor thronte hoch oben auf seiner Wacht und schaute über die Tierweiden des Zoo hinweg. Umflatterte mit starken Flügeln die Vögelstange, auf der er seine Tage verbrachte. Sein weißlich-gelber Kopf mit dem herrlich gebogenen Schnabel war geradeaus gerichtet wie ein Pfeil. Der Blick seiner dunklen, barten Augen blieb an den Horizont geheftet, als sei jene blaue Ferne ein Schrei seiner Sehnsucht, ein Echo seiner Seele. „Kondor!“ Aber der große Vogel sah mit stolzer, unnahbarer Gelassenheit über das bunte Geschöpf hinweg, das da draußen im Zande stand. Das Geschöpf war rot und blau gefleckt, blühte starr zu dem Kondor auf und bewegte die Lippen, als hätte er etwas zu sagen. So verharren die beiden lange, regungslos. Dann ludte der Mann in der blauen Jacke und den roten Hosen herum, denn nebenan bei den Adler stand ein alter Wärter und hatte gerufen: „Francois, bring den Rechen mit!“ Francoi nahm den Rechen vom Masten auf, schüttelte ihn und ging mit dem Wärter davon. „Francois, sei froh, daß du nicht mehr im Lager bist; dort betteln die Gefangenen um Brot, Schlechte Zeiten!“ Francois nickte. Das Lager... wie lange war jene Zeit schon verrollt, da er mit hundert

Inland.

„Klassenkämpfer“ im Gerichtssaal.

Aus der Tätigkeit kommunistischer Parteifunktionäre.

Die Kommunisten, die im Jahre 1921 ausgezogen sind, um die deutsche Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei zu vernichten, sind augenblicklich dabei angelangt, den Kampf gegen uns vor allem im Gerichtssaal zu führen. Nachdem es ihnen durch Zeitungen und Versammlungen nicht gelungen ist, die sozialdemokratischen Arbeiter nach Moskau zu führen, rufen sie die Richter der Republik zu Hilfe, damit diese mittels reaktionärer Gesetze die Sozialdemokratie niederzwingen. Statt der Weltrevolution — der der Gerichtssaal — das ist der Weg der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, insbesondere ihrer deutschen Anhänger.

Es vergeht kaum ein paar Tage, da uns die Post nicht die Klage irgend eines kommunistischen Funktionärs zustellt. Wenn es sich noch um ehrenrührige Vorwürfe handelte, die irgend einem der Weltrevolutionäre in unseren Blättern gemacht würden, könnte man es noch begreiflich finden, daß die Kommunisten sich ihre Ehre vom Gerichte wiederherstellen lassen — obwar die Kommunisten früher die ständige Zantierung eines Klassenkämpfers durch das, wie sie immer betonten, „bürgerliche“ Gericht nicht sehr hoch geschätzt haben. Aber was soll man dazu sagen, wenn Herr Alois Neurath, Abgeordneter der kommunistischen Partei, das Gericht anruft, weil ihn ein sozialdemokratisches Blatt in einer längeren Notiz über eine Versammlung, einen „abgeakselten Generalstabes“ nennt? Wer in kommunistischen Versammlungen gewesen ist, kennt die Schimpfanreden, die gegen uns bei solcher Gelegenheit losgefeuert werden, aber wenn der Bezirksrat eines sozialdemokratischen Staates einen kommunistischen Abgeordneten in einer seiner Meinungen entsprechenden Weise charakterisiert — ohne, daß er der Ehre des Betroffenen nahewärt —, dann läuft der kommunistische Abgeordnete zum Kadi, wie ein kleiner Bub zu seiner Mutter läuft, um zu klatschen, der andere hätte auf ihn die Junge herangestreckt. Ein Kollege des Herrn Neurath, das Mitglied der kommunistischen Parteiverwaltung, Herr Veresil, klagt uns, weil wir einen Bericht der „Kawnost“ — des Brünner kommunistischen Blattes — sowie ein Memorandum seiner eigenen Parteigenossen, beides eine Kritik seiner Tätigkeit enthaltend, nachgedruckt haben. Statt daß der Herr Veresil die Angelegenheiten mit seinen Parteigenossen austrägt, sich vor ihnen rechtfertigt oder sie zum Widerruf der gegen ihn erhobenen Anschuldigungen veranlaßt, geht er zum Richter und klagt — ein sozialdemokratisches Blatt! Der Klageverfänger unter den Kommunisten ist aber Herr Bierer, seines Zeichens kommunistischer Parteisekretär für Südböhmen. Der Herr Bierer hat in der Politik sein Glück. Die Zahl der Mitglieder der kommunistischen Partei in Südböhmen geht zurück, worunter das Ansehen des Herrn Sekretärs leiden mag. Für die Erfolge nun, die dem Herrn Bierer unter den Arbeitern verjagt bleiben, sucht er einen Ersatz im Gerichtssaal. Er glaubt, sein Ansehen werde wieder aufgefrischt werden, wenn er die Verurteilung eines sozialdemokratischen Redakteurs auf Grund des geltenden Pressegesetzes herbeiführt, eines Gesetzes, von dem die Kommunisten zwar nicht viel halten, das sie aber gegen sozialdemokratische (beide nicht gegen bürgerliche) Redakteure gern angewendet sehen. Wenn man aber erfährt, was Herr Bierer klagt, dann erhält man den Eindruck, daß der Mann nicht ein Klassenkämpfer, sondern ein Streithau-

sel ist. Daß die kommunistische Partei einen solchen Sekretär auf die südböhmischen Arbeiter losläßt, wird ihr Ansehen durchaus nicht erhöhen. So klagt Herr Bierer eines unserer Blätter, weil dieses der Vermutung Ausdruck gegeben hat, daß er mehr Zeit habe als sozialdemokratische Funktionäre. Oder er klagt, weil unter südböhmischen Organen behauptet hat, daß seine Notizen Bekanntheit erregen. Er klagt uns sogar, weil wir behauptet haben, er verlege seine Tätigkeit nunmehr völlig in den Gerichtssaal. Seine Tätigkeit erweckt tatsächlich den Eindruck, als ob er krampfhaft die sozialdemokratische Presse nach Stellen durchsuchte, die seinem Advokaten und dem Gerichte Beschäftigung geben könnten. Da eine so fieberhafte Gerichtstätigkeit doch auch Geld kostet, möchten wir an die kommunistische Partei die Frage stellen, ob denn die Gelder der kommunistischen Arbeiter dazu da sind, von den Herren Bierer, Neurath und Veresil auf eine solche Weise vergeudet zu werden? Ist das wirklich Arbeit für das Proletariat und den Sozialismus, die deutsche sozialdemokratische Presse, also die Zeitungen der großen Masse der deutschen Arbeiterchaft dieses Landes, mit Klagen zu überhäufen? Glauben die Kommunisten, daß die grundsätzlichen und tatsächlichen Meinungsunterschiede, die uns von ihnen trennen, von Richtern auf Grund von Gesetzen entschieden werden können, welche doch die Gesetze eines bürgerlichen Staates sind? Oder haben die Kommunisten etwa ihr Urteil über das Pressegesetz revidiert und erblicken in ihm den Rettungsanker, an den sich die Herren Neurath, Bierer und Veresil hängen, um sich vor dem Erlaufen zu retten? Entweder die Genannten beschäftigen Advokaten und Gerichte ohne Zustimmung der Partei, dann müßte das Politbüro, das sich sonst um jeden Schmarren kümmert und das jeden zweiten Tag spaltenlange Aufrufe in die Welt setzt, den Herrschaften das Handwerk legen. Werden aber alle diese Klagen im Einverständnis mit den Parteinstanzen überreicht — in den letzten Tagen bemüht sich auch ein Herr Keimann um die Palme des Ruhmes im Gerichtssaal —, dann hat sich die kommunistische Partei auf ein Gebiet beggeben, das weitab liegt von dem Tätigkeitsfeld, das sie 1921 den Arbeitern zu betreten versprach. Nur im Gerichtssaal zu kämpfen, dazu hat es einer kommunistischen Partei nicht benötigt. Daß die Kommunisten mit einer solchen Leidenschaft den Kampf mit uns nicht mehr in Versammlungen, sondern im Gerichtssaal suchen, ist ein Zeichen ihrer Entartung und Defizienz.

Alles soll ernannt werden!

Die „Prager Presse“ teilt die Grundzüge des ungarischen Entwurfes über die Organisation der landwirtschaftlichen Genossenschaften und der Landwirtschaftskammern mit. Für das ganze Gebiet der Republik mit Ausnahme Karpatenbanslands sollen landwirtschaftliche Genossenschaften errichtet werden. Eine landwirtschaftliche Genossenschaft ist in der Regel in jedem Bezirk zu errichten. Mitglieder dieser Genossenschaften sind alle Eigentümer, Pächter und andere Nutznießer landwirtschaftlichen Bodens, der der Grundsteuer unterworfen ist und mindestens das Ausmaß von einem Hektar hat.

An Stelle der Landeskulturräte sollen Landwirtschaftskammern errichtet werden, die Wahl der Delegierten erfolgt in drei Kurien. Die erste Gruppe bilden die Besitzer bis zu fünf Hektar, in die zweite Gruppe sollen die Besitzer bis zu 30 Hektar und in die dritte die Besitzer mit mehr als 30 Hektar gewählt werden. Es werden also die Kleinbesitzer von den Großbesitzern vollkommen majorisiert werden. Beachtenswert ist auch die Bestimmung, daß Personen, die sich besondere Ver-

dienste um die Landwirtschaft erwerben, zu Delegierten ernannt werden können. Die Zahl dieser Delegierten darf ein Drittel der Gesamtzahl der Delegierten der Landwirtschaftskammern, beziehungsweise Genossenschaften nicht übersteigen.

In ähnlicher Weise wie bei der Verwaltungsreform sucht man also auch hier das allgemeine Wahlrecht zu verfälschen und den Einfluß der gewählten Mitglieder durch ernannte Mitglieder zu schwächen.

Der Gesetzentwurf sah auch die Beseitigung der bisherigen Sektionalisierung der landwirtschaftlichen Berufsvertretungen vor. Wie nun die „Deutsche Landpost“ meldet, ist der Gesetzentwurf zurückgezogen worden und wird in der Richtung dahin umgearbeitet werden, daß die Landwirtschaftskammern wie bisher die Landeskulturräte national gegliedert werden. Bei den bisherigen „Erfolgen“, welche die aktivistischen Parteien erzielt haben, wird man in dieser Hinsicht ein wenig skeptisch sein müssen. Es wäre auch gar zu köstlich, wenn eine Erregungenschaft, welche die allnationale Koalition der Deutschen gelassen hat, diesen ausgerechnet von der Regierung Wehla-Spina-Wahr-Darling genommen würde.

Die deutschen sozialdemokratischen Lehrer gegen den Entwurf des Uniformierungsgesetzes.

Der Verband sozialdemokratischer Lehrer ist nach eingehender Besprechung der Studie zum Entwurf eines Uniformierungsgesetzes für die Schulverwaltung zu folgendem Ergebnis gelangt:

„Der Entwurf bringt keinen Fortschritt und untergräbt den Boden für eine moderne Schulreform. Er erschwert Neugründungen von Schulen und bietet neue Droßelungsmöglichkeiten.“

Der Entwurf berücksichtigt die von der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei aufgestellten Autonomievor schläge in keiner Weise. Der Verband sozialdemokratischer Lehrer lehnt daher diesen Entwurf als unannehmbar ab und verlangt die Schaffung eines Gesetzes, das bei nationaler Selbstverwaltung in kultureller Beziehung eine solche Ausgestaltung des Schulwesens aller Nationen dieses Staates bringt, daß die Ideen einer modernen Schulreform endlich verwirklicht werden können.“

Ein Zigeunergesetz.

Im Senat wurde gestern von der Regierung ein Gesetz über Wanderzigeuner und ähnliche Landstreicher vorgelegt. Darnach sollen Wanderzigeuner in ein besonderes Verzeichnis aufgenommen und ihre Identität nötigenfalls auch durch anthropometrische und daktyloskopische Messungen festgestellt werden. Jeder über vierzehn Jahre alte Zigeuner erhält einen besonderen Ausweis, in dem außer seinen Personaldaten auch sein Fingerabdruck enthalten ist; mit diesem Ausweis muß er sich jederzeit legitimieren können. Die Zigeuner dürfen nur mit besonderer Bewilligung der politischen Behörde erster Instanz, die jederzeit widerrufen werden kann, mit Wagen und Jagtieren von Ort zu Ort ziehen, aber auch dann höchstens nur im Familienverbande. Die Bildung größerer Trupps wird unterbott. Der Besitz von Waffen und Sprengstoffen ist ausnahmslos verboten.

Am schärfsten ist wohl die Bestimmung, daß Zigeunern die Kinder unter 14 Jahren abgenommen und bis zum 16. Lebensjahre in Erziehungsanstalten oder bei verlässlichen Familien untergebracht werden können, falls sich ihre Eltern nicht um ihre Erziehung kümmern.

Gefangenen in den iden Wiesenraum gepfercht war, über sich den wolkigen, trüben, deutschen Himmel oder das Wellblech der Kasematten, und um sich die grauen Drähte. Da er seine Tage dahinstöfte oder im Streit um Spiel und Brot, Spiel und Zigaretten, Janz um Richtigkeiten verbrachte. Die Erinnerung an all das sah wie ein Knäuel in ihm, ein Knäuel, der sich nie lösen würde. Was sollte man von den Menschen glauben, wenn sie einander in der gleichen Not so wenig beistanden, wie da im Lager? Es gab im feilschen Zumpf keine Kameradschaft. Es gab Leiden, es gab Not, es gab den oder jenen Kameraden. Es gab gleichgeartete Menschen, die einander an der Sprache, am Blick, am Händedruck erkannten, aber Kameradschaft, weil man die gleiche Jacke trug und die gleiche Regimentsnummer — dies war auch so ein Trugbild gewesen, das man ihm zu Hause gemalt hatte. Nein, das Lager war der Tod des Geistes, der Seele, des Herzens, des Lebens.

Er schüttelte sich. Ja, und dann waren eines Tages dunkel geflechte Herren gekommen und hatten Auslese gehalten. Francoi konnte ein wenig Deutsch. Wenn er auch nur ein kleiner Apotheker aus den Pyrenäen war, die Medizin brachte ihn immerrhin in Verbindung mit vielen Sprachen. Zwischen den ewig grauen Stacheldrahtpalisaden gehörte er zu den wenigen, die sich auf die deutsche Sprache warfen. Die schwarzgefleckten Herren wußten das zu würdigen. Er wurde nach Tieren gefragt. Man wollte wissen, was er von ihren Eigenheiten kannte und was er einem Hund verordnen würde, wenn er die Hände hätte. Einige Tage später kam er in den Zoo der großen deutschen Stadt. Warum gerade er — das konnte er nicht sagen. Aber wer kann immer erründen, warum es das Schicksal gerade so will und nicht anders herum? Wie lange lag das alles zurück? Er wußte

es kaum noch, denn für einen Gefangenen verlaufen die Tage überall monoton. Auch hier hatte Francois das ewige Gitter um sich. Wenn er vor offenen Türen stand, wenn er mit dem Wärter auf die Straße hinaus durfte, immer sah er das große, graue Gitter, das seine Tage einengte.

„Francois, leg den Rechen in den Stall und füttere das Pony!“

Der Wärter ging weiter und Francois lächelte, denn er sah durch den Zaun hindurch das kleine russische Pony mit den langen Haaren, den feurigen Augen und den immer belebten Nüstern. Das neben ihm im Pferd entlang und in den Stall hineinrannte. Und sich dort auf die Kante stürzte, noch ehe Francois das Heu hingeworfen hatte.

Drüben auf der anderen Seite des Gartens schob sich das Restaurant hoch in die weiche, dunstige Nachmittagsluft hinauf, dieses mächtige, steinerne, schwere von Balustraden bedrückte Gebäude, in dessen Hallen an regnerischen Sonntagen das große Orchester dröhnte. Oben im zweiten Stock putzte eine Frau die Fenster. Sie stand auf dem Sims und sah über die Antilopen hinweg nach dem Porthäuschen hinüber, putzte nicht am Abgrund, bis Francois geschlendernd kam, leicht wiegend, klein, hager und schneig, den gelblichen Kopf mit dem schwarzen, gelichteten Haar leicht zur Seite geneigt. Sie stieg ins Zimmer, bogte sich dann zum Fenster hinaus. Ihre kräftige Blüte lag auf dem Fenster Sims.

„Pst!“ Francoi sah mit einem Nuck hinauf. Ein kleines Päckchen glitt an der Mauer herunter in den Masten. Er blieb bei den Antilopen stehen, sicherte rasch nach allen Seiten. Dann stieg er über die Barriere des Mastens, ging zur Hausmauer, die sich im letzten Rot der Abendsonne badele, und schob das Päckchen unter seine Kitten. Oben stand Paula wieder auf dem Sims und

wusch, als wollte sie mit dem Lederlappen das Glas durchscheuern. Dabei ging ihr Blick hinter Francois her, wie er, leicht vornübergebeugt, schmal und wiegend, dem Wärterhaus zuzug.

Auf der Bank vor der Tür sah der Elefantwärtter Stephan und reinigte seine halbange Pfeife. Er sah kaum auf, als Francois durch die Tür ging und mit dem harten Tritt seiner Chassefährsche die Treppe hinauf in sein Zimmer schritt. Stephan spielte in den Sand. Nein, nein, der Elefant Max hatte nicht die gleiche glänzende Begabung wie sein Vorgänger! Mit dem zu arbeiten war eine Wonne gewesen. Wie er zehn Meter hin über das Flaschenbrett balancierte, die Sicherheit, mit der er seinen schweren Körper über die schmale Kante hinwegtrug — das hatte auch den anderen Wärttern als ein Meisterstück gegolten. Max, der neue, war gutmütiger. Auch in der Brunzeit schraubte er den Wärtter nicht an. Zeinewegen brauchte Stephan nie durch die eisernen Stangen zu verschwinden. Max war gleichmäßig, aber unbegabt wie die meisten gleichmäßigen. Den Eierkasten drehte er leidlich, ja er tat es sogar, wenn nicht alle Anzeichen täuschten, mit innerer Dingabe und Gefühl für das Melodische der Sache. Auch über den Balken turtelte er ganz gut hinweg, und wenn er den Rundgang antreten mußte, im Poltschritt, daß die kleine Ziege bei jedem Schritt zwischen den massiven, grauen Säulen des Elefanten hindurchtrottelte konnte — auch das tat er mit innerem Behagen und immer in Versuchung, den Ziegenleib mit dem Rüssel zu stecken. Aber die Flaschenbalance! Ob das je glücken würde? Einmal war er gestolpert, dicht vor dem Ende der Brozedur. Seitdem wollte er nie über die laststrobale Stelle hinweg. Elefanten merken sich offenbar genau, wann, wo und weshalb sie gestraucht sind. Ah — es war ein Kreuz, verdammt mich nochmal.

(Fortsetzung folgt.)

\*) Die Novell, des bekannten Dresdener Schriftstellers und Parteigenossen Robert Grösch ist eine Geschichte von gefangenen Tieren und von einem gefangenen Menschen. Der Zeit nach spielt sie im Weltkrieg, dem Orte nach aber in dem friedlichen Zoologischen Garten irgendeiner vom Kriege nur indirekt berührten deutschen Stadt.

# Uebergang zur Spezialdebatte.

## Der Antrag des Gen. Dr. Czech auf Uebergang zur Tagesordnung abgelehnt.

Prag, 9. Juni. Nach der Sitzung des Plenums trat um 7 Uhr abends der verfassungsrechtliche Ausschuss zusammen, um die Generaldebatte über die Verwaltungsreform fortzusetzen und zu beenden. Es sprach zunächst der Landbündler Zierhut, welcher den Standpunkt der deutschen Regierungsparteien vertrat und sich mit ganz besonderer Wärme für die Vorlage aussprach, die er als eine Verbesserung gegenüber dem heutigen Zustand bezeichnete und von der er die größten Wirkungen für die deutsche Bevölkerung erwartete.

Nach kurzen Darlegungen von Krusobylh und Galla kam Genosse Dr. Czech neuerlich zu Worte. Er setzte sich mit den deutschen Regierungsparteien und vor allem mit deren Sprecher Zierhut auseinander, indem er die Ergebnisse der monatelangen Verhandlungen zwischen den Regierungsparteien analysierte, die volle Erfolglosigkeit der deutschen Regierungsparteien aufzeigte und zu dem Ergebnis kam, daß durch die Darlegungen des Sprechers der deutschen Koalitionsparteien der Öffentlichkeit ein falsches Bild gegeben und der wahre Tatbestand

verschleiert werde. (Wir werden auf die Ausführungen des Genossen Dr. Czech noch ausführlich zurückkommen.)

Unmittelbar darauf hielt Dr. Kramař ein zweistündiges Schlusswort, in welchem er an die Auseinandersetzungen zwischen Zierhut und Dr. Czech anknüpfte, den Standpunkt der deutschen Regierungsparteien in sehr vehemente Weise verteidigte und dann auch auf die übrigen Einwendungen der Opposition, vor allem auf die Reden der Genossen Dr. Reichner und Dr. Czech, reagierte.

Nach einer kurzen tatsächlichen Berichtigung des Abgeordneten Palešil wurde die Generaldebatte geschlossen und zunächst die Abstimmung über den Antrag Dr. Czech auf Uebergang zur Tagesordnung vorgenommen; der Antrag wurde mit zehn gegen sieben Stimmen abgelehnt und von der Mehrheit sodann das Geschehen in die Spezialdebatte beschlossen.

Die Spezialdebatte wird morgen vormittag Angriff genommen werden.

für die Industrie. Wenn sich der Minister bemüht darzutun, daß die Herabsetzung der Einkommensteuer um 40 Prozent ja alle gleich trifft und auch dem Arbeiter zugute kommen, so weiß er wohl gut, daß das nicht alles eins ist.

Vor allem können wir nicht verstehen, wieso der Finanzminister so achlos an der Erhöhung der Grundsteuer vorübergeht.

obwohl diese nur auf das Vierfache gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen ist, während die allgemeine Erwerbsteuer auf das Fache stieg. Ja er hat sogar noch im Ausschuss in eine ganz namhafte Ermäßigung der Grundsteuer eingewilligt!

Dagegen hat man den Konsumgenossenschaften, die noch dem ursprünglichen Entwurf etwas günstiger abgemessen hätten, im Ausschuss die Steuern auf das Doppelte erhöht.

Tadel hat man sich nicht scheut, den Konsumvereinen auch noch andere Forderungen zu stellen, so in der Bestimmung, daß diejenigen Konsumvereine, die auch an Nichtmitglieder verkaufen, der Steuerbegünstigung nicht teilhaftig werden sollen. Mit dieser Bestimmung, daß sie nur an Mitglieder verkaufen dürfen, werden die Konsumvereine von nichtmündigen Kaufleuten oft schikaniert, ein hochnotpeinliches Verhör und Geldstrafen sind die Folge, obwohl der Lagerhalter, wenn er den Laden voller Leute hat, bei bestem Willen Mitglieder oder Nichtmitglieder nicht immer unterscheiden kann. Das Gesetz bezweckt damit nichts anderes als eine Schürigerei der Konsumgenossenschaften, während gleichzeitig die agrarischen Genossenschaften, die überhaupt nicht steuerpflichtig sind, mit solchen Gesetzen bedacht werden.

Die Reform bringt auch keine Vereinheitlichung; die Unübersichtlichkeit der Steuern ist genau dieselbe wie bisher. Wir haben weiter erwartet, daß die Dienstvorschriften sofort in das Gesetz aufgenommen werden; einstweilen

auch hier wieder nur Ermächtigungen.

Die Bemessungsgrundlage für die Grundsteuer, die schon so reformbedürftig wäre, soll erst durch ein besonderes Gesetz geregelt werden; wir können sicher damit rechnen, daß dieses Gesetz nie kommen wird. Run aber etwas über

die Einkommensteuer des Arbeiters.

Der Arbeiter schneidet bei der Reform am schlechtesten ab. Wenn man auch das Existenzminimum auf 7000 Kronen erhöht und die Einkommensteuer um 40 Prozent herabgesetzt hat, so ist das in Wirklichkeit

für den Arbeiter keine Erleichterung, weil jetzt der Steuerabzug direkt bei der Lohnzahlung erfolgen wird.

Wird dem Arbeiter zuziel abgezogen, was, wenn er einige Zeit arbeitslos ist, immer eintritt, wird es ihm praktisch ganz unmöglich sein, die zu viel gezahlte Steuer zurückzubekommen, selbst wenn er den gesetzlichen Anspruch darauf hat. Dem Besten werden die Steuer oft erst nach Jahren vorgeschrieben, während der Steuerabzug beim Arbeiter in einem Jahre bis zur Höhe des anderthalbfachen Abzuges vorgenommen werden kann.

Im § 66 wird die Steuer für das Hausiergewerbe mit mindestens 200 Kronen festgesetzt, was noch ein hoher Zuschlag kommt, während bisher viele von diesen armen Teufeln nur fünf bis zehn Kronen gezahlt haben.

Bisher hatte die Arbeiterschaft wenigstens theoretisch das Recht, in die Steuerkommissionen auch ihre Vertreter zu entsenden; heute werden nach den ganzen Bestimmungen des § 236 nur begüterte Leute in diese Kommissionen ernannt werden. Auch Steuerprivilegien schaffte man wieder, indem man z. B. die Offiziere und alle, die auf Grund von Sondergesetzen nicht das Wahlrecht in die Nationalversammlung haben, von der Einkommensteuer befreit.

Der Standpunkt des Entwurfes bezüglich des steuerfreien Existenzminimums ist unhaltbar, auch wenn der Herr Finanzminister noch so überzeugend ihn zu verteidigen sucht.

16 Kronen Vorkriegslohn sind keinesfalls 7000 heutige Kronen, sondern bedeutend mehr; nach unserer Ansicht müßte das Existenzminimum unter Beobachtung der Gründe des Finanzministeriums noch immer 12.000 bis 14.000 Kronen betragen.

Kedner kommt weiters ausführlich auf das Verbot der Steuerüberwälzung und auf das Steuerstrafrecht zu sprechen und verlangt eine Bestimmung, die den Behörden die Verfolgung von Steuerdelikten zur Pflicht macht; in den letzten Jahren hat man gesehen, daß man hier gegen gewisse Schichten der Steuerzahler sehr liberal vorgegangen ist, während auf der anderen Seite die Arbeiterschaft die Folgen dieses Vorgehens um so schärfer tragen mußte.

Nach ausführlicher Kritik der Bestimmungen über die abzugsfähigen Posten, über die Familiensteuer usw. stellt Genosse Reyz abschließend nochmals fest, daß unsere Partei für dieses Gesetz nicht stimmen kann, obwohl wir eine Steuerreform, die die arbeitenden Massen gerührt und dabei doch dem Staate gebracht hätte, was sie ihm bringen soll, nur begrüßt hätten.

Aber wir sehen, daß die bestehenden Klassen in diese Vorlage alles hineingelegt haben, was ihnen ihr Klasseninteresse vorschreibt. Und uns wirt man vor, daß wir den Klassenkampf predigen! Wir wünschen nur, daß Sie nach der Verabschiedung dieses Gesetzes und der Verwaltungsreform auch den Mut aufbringen werden, Ihre Wählerchaft zu befragen, ob sie mit Ihrer Politik einverstanden ist. Das Parlament müßte nach der Erledigung dieser beiden Vorlagen aufgelöst werden. Wenn dies geschieht, dann ist uns nicht bang, daß die Bevölkerung über Ihre Volkseindlichkeit ihr Urteil sprechen wird. (Beifall.)

Die Debatte ging sodann bis 8 Uhr abends weiter. Es sprachen Kobáček (sch. Agr.), Friedrich (d. Nat.), Šolc (S. d. L.), Slavka (Komm.), Mordáček (sch. Soz. Dem.) und Petřil (sch. Soz. Dem.)

Morgen um halb 10 Uhr früh wird die Debatte fortgesetzt.

## Auch die Merkmalen schluden die Verwaltungsreform.

Nach den Landbündlern haben nun gestern auch die deutschen Merkmalen ihre Reichspartei-vertretung nach Prag einberufen, um die schwere Verantwortung für die Zustimmung zur Verwaltungsreform auf ein breiteres Parteiforum abzuwälzen.

Nach einem Referat Dr. Luschka's sagte die Reichsparteileitung denn auch den Entschluß, der geänderten Vorlage zuzustimmen. Natürlich wurde auch da wieder ein Zufall eingeschoben: „... unter der Voraussetzung, daß die gleichberechtigte Mitarbeit der Deutschen in allen Verwaltungskörpern, insbesondere in sprachlicher Hinsicht, gesichert wird.“

Wir sind wirklich neugierig, was Herr Mahr-Sarting an sprachlichen Zugeständnissen noch alles seinem Kollegen, dem Innenminister, abringen wird. Nach den bisherigen Erfahrungen haben wir aber leider allen Grund, unsere Erwartungen nicht allzu hoch zu schrauben.

Ferner ermächtigte die Reichsparteileitung den Klubmann Luschka, „gegen die verleumdenden Angriffe einiger Blätter mit gerichtlichem Klage vorzugehen“. — Wie wäre es, wenn die Herren lieber das Gericht ihrer Wähler anrufen und Neuwahlen anschieben wollten?

## Abgeordnetenhaus.

Prag, 9. Juni. Das Abgeordnetenhaus begann seine heutige Sitzung um halb 4 Uhr nachmittags mit einem Nachruf des Vorsitzenden für den verstorbenen Abgeordneten Palešil, worauf dessen Nachfolger, Professor Seyer aus Karlsbad, die Angelobung leistete.

Zum ersten Punkt, den Verträgen mit Oesterreich und Italien über die Erfüllung von Lebens- und Rentenversicherungen, spricht nur der deutsche Nationalsozialist Kunirsch, der gegen die in den letzten Tagen erfolgten Verhaftungen einzelner seiner Parteifreunde wegen Teilnahme an angeblich geheimen Organisationen protestiert, die in Wirklichkeit nur die Pflege nationaler und kultureller Beziehungen mit den Auslandsschleichen zur Aufgabe hätten. Er polemisiert mit dem Justizminister, der sich in der diesbezüglichen Interpellationsbeantwortung hinter die Unabhängigkeit der Gerichte verborgen will, und schildert unter vielem anderen Umständen seiner Parteifreunde einzelne trasse Fälle Verhaftungen.

Saken (Komm.) befaßt sich mit den internationalen Verwicklungen der jüngsten Tage und mit der drohenden Kriegsgefahr.

Zur Vorlage über die Errichtung von Gerichtsämtern spricht Dr. Derer (sch. Soz. Dem.); er protestiert gegen die Art, wie im Senat die wichtige Bestimmung über die sogenannten Kontrollsaalverständigen, auf die sich nach ungarischen Recht der Besatz bezieht, plötzlich in geschäftsordnungsändernder Weise vor der zweiten Lesung ausgemerzt wurde. Das Präjudiz, mit dem die Sowjets erst jetzt befaßt werden soll, gibt ihm Gelegenheit, auf die Verwaltungsreform überhaupt und auf das merkwürdige Verhalten des Herrn Justizministers Mahr-Sarting im besonderen zu sprechen zu kommen, der als Vorsitzender des Justiztages eine gegen die Verwaltungsreform gerichtete Resolution bestimmen läßt, als Minister aber für dieselben Bestimmungen eintritt.

Als Derer mit erheblicher Stimme ruft: Ich frage nun, wie man ein derartiges Verhalten benehmen soll? ruft Genosse Dr. Czech unter allgemeinem Gelächter: Doppelseite! Auch dem anwesenden Justizminister bleibt nichts anderes übrig, als seine Verlegenheit dadurch zu bemänteln, daß er ebenfalls in das Gelächter einstimmt.

Dr. Galla referiert über den Entwurf bezüglich der Folgen von Verwaltungsreformen. Der Verfassungsausschuss hat den diesbezüglichen Zensurbeschluss etwas abgeändert und die Möglichkeiten der Auslöschung von Straffolgen liberaler gezogen.

Die beiden letzten Vorlagen werden in verkürztem Verfahren dann auch in zweiter Lesung angenommen.

Zur Verhandlung der Gegenwürfe über die Ministerverantwortlichkeit und die Verfolgung des Präsidenten, die schon jahrelang nicht vom Tisch kommen, wird dem Senat neuerdings eine Frist von fünf Monaten bewilligt.

Bei der Fristverlängerung für die Behandlung des Paragraphen 54 der Gewerbeordnung verlangt Klein (sch. Soz. Dem.) die endliche Abkündigung des Paragraphen 82 der Gewerbeordnung, dessen Bestimmungen mit dem heutigen Begriff des Arbeitsverhältnisses unvereinbar sind. Er fordert die Regelung der Mündigkeitsfrist für Arbeiter und die Schaffung einer modernen Gewerbeordnung.

Die Frist für die Behandlung des eben erwähnten Entwurfes sowie des Zollgesetzes durch den Senat wird dann auf weitere fünf Monate verlängert.

Den letzten Punkt der Tagesordnung bildet die Regierungsvorlage über den provisorischen Wälderschutz, die die bisherigen Bestimmungen aus dem Jahre 1918 ersetzen und dem Ausbau an unseren heimischen Wäldern Raum soll. Nach dem Verichte des Referenten wird die Debatte jedoch um 7 Uhr abends abgebrochen; in einer zweiten formalen Sitzung wird die Novelle zur Exekutionsordnung vorgelegt.

Nächste Sitzung Dienstag, den 14. Juni, um 3 Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung steht der Wälderschutz und Zimmereien sowie zweite Lesungen.

## Steuerreformdebatte im Senat.

Prag, 9. Juni. Der Senat begann heute die auf vier Tage anberaumte Debatte über die Steuerreform. Die Debatte über die drei Vorlagen wird gemeinsam abgeführt. In längeren Ausführungen referieren Dr. Procházka über die direkten Steuern, Dr. Karas über die Neuregelung der Finanzwirtschaft der Selbstverwaltungskörper und Dr. Pačel über die Stabilisierungsbilanzen.

Darauf meldet sich Finanzminister Engliš zu Worte und verbreitert sich über die allgemeinen Grundlagen der Vorlage, die eine Umstrukturierung und Kodifizierung unserer Steuergesetzgebung bezweckt. Den Unternehmern gegenüber ist Herr Engliš sehr einsichtig; man dürfe ihnen namentlich durch die Selbstverwaltungszuschläge nicht den ganzen Ertrag ihrer Unternehmungen wegsteuern (Wo bleiben die vierzig Milliarden, die schätzungsweise jährlich der Steuerbemessung entzogen werden, während nur zehn Milliarden steuertechnisch erfasst werden? D. N.), sondern müsse ihnen einen Teil lassen. Die Steuerreform ermögliche die finanzielle Stärkung der Unternehmungen; das ganze wirtschaftliche Problem konnte sie nicht lösen, wohl aber habe sie einen Teil auf indirektem Wege gelöst. Von den einstigen Grundfragen des Volkswirtschaftlers Engliš war in der Rede des Finanzministers Engliš schon nichts mehr zu spüren. Ihn interessiert nur mehr die Produktion und der Unternehmer; um den anderen Faktor im Produktionsprozeß, um den Arbeiter, kümmert er sich weniger.

Zum Schluss sprach der Minister über den Erfolg der Depurationsaktion in seinem Ministerium: zu Beginn des Jahres seien noch acht Millionen Aktienstücke unerledigt gewesen, jetzt nur mehr noch einige hunderttausend; bis zum Jahresabschluss werde die Aktion ganz beendet sein. Schließlich erklärte er, es seien Maßnahmen getroffen, um jene Finanzbeamte, die seit dem Kriege auf ihren Stellen verblieben seien, zu verdrängen, um sie ihrem alten Milieu zu entziehen und zu ermöglichen, daß sich die Bevölkerung an sie in ihren neuen Stellen mit vollem Vertrauen wenden könne.

## Als erster Debattereder spricht Genosse Reyz.

Er verweist auf den seinerzeitigen Erodus der Opposition aus dem Budgetausschuss, als der Berichterstatter erklärte, daß an der Vorlage nichts geändert werden dürfe. Jetzt im Plenum ergehen wir zu der Vorlage Stellung, weil wir uns nicht dem Vorwurf aussetzen wollen, daß wir die letzte Mäßigkeit vorbeigehen lassen, um gegen die Vorlage zu opponieren. Daß eine Steuerreform nötig ist, wollen wir nicht bestreiten; wir waren ja diejenigen, die jahrelang nach einer Steuerreform riefen, weil wir, die wir mit dem Volke unmittelbar in Verbindung sind, am meisten empfinden, was das heutige Steuerchaos bedeutet.

Die beabsichtigte Reform hat aber den grundlegenden Fehler, daß man mit den direkten Steuern beginnt, die nur ein Viertel aller Steuereinnahmen bringen, während man es nicht wagt, dem großen Komplex der indirekten Steuern nahezutreten.

Zobald der Vorschlag aufsteht, irgendeine dieser drückenden indirekten Abgaben zu beseitigen oder zu ermäßigen, gleich stellt sich der Herr Finanzminister auf den Standpunkt, der Staat könne diese Einnahmen nicht entbehren. Namentlich in der letzten Zeit sind die indirekten Steuern durch Einführung einer Reihe von neuen Abgaben durch Zölle, Zundersteuer usw. unentraglich geworden.

Sodann beschäftigt sich Genosse Reyz wenigstens mit den krassesten Mängeln dieses Gesetzes und

konstatiert, daß der Finanzminister für die Unternehmungskasse ein sehr williges Ohr hat.

Seine heutigen Ausführungen waren eine fast ununterbrochene Kette von Beweisen des Mitgeföhls

## „Abenteurer“ und „Spikel“.

### Ein Urteil eines ehemaligen kommunistischen Vertrauensmannes über die kommunistische Partei.

Der Sicher Gen. Miřaß aus Prořitň, ein alter Gewerkschafter, welcher zugleich mit vielen anderen, von der kommunistischen Futwelle mitgerissen wurde, gab bei der am 5. Juni d. J. abgehaltenen Landeskonferenz der Gewerkschafter in Brunn eine an das kommunistische Politbureau — Kohn u. Komp. gerichtete, vernichtende Erklärung nachstehenden Inhaltes ab:

An die Gewerkschafter Mährens!  
Die letzten Ereignisse, verursacht durch die Ausschließung des Gen. Mazouch aus dem Metallarbeiterverbande, Ortsgruppe Prořitň, möchten einige Mitglieder der Gewerkschaftsgruppe Prořitň zur Spaltung dieser Ortsgruppe bewirken und die Mitglieder zum Uebertritte zum kommunistischen Allgewerkschaftsverband bewegen.

Am Donnerstag, den 3. März d. J., wurde in Prořitň eine Beratung für ganz vertrauliche Kommunisten einberufen, bei welcher der Tobachz Kohn aus Prag, Mitglied des Politbureau, erschienen war. Gleich bei Eröffnung der streng vertraulichen Beratung erklärte Kohn: „Sollte jemand anwesend sein, welcher unversäglich ist, so soll dieser lieber das Lokal verlassen.“ Ich dachte, daß es den anwesenden Mazouch angeht, nachdem ihn der komm. Vorherrnzeit aus der kommunistischen Partei deshalb ausschließen ließ, weil er bei den Gemeindevahlen mit Professor Kamenář die Oppositionsführer führte. Dem war aber nicht so, sondern war die Adresse an meine Person gerichtet. Die Anregung Kohns wurde von den anwesenden Kommunisten verschlungen. Tobachz Kohn legte mir ans Herz, wie ich verpflichtet wäre, im Zentralverbandsvorstande des Metallarbeiter-

verbandes kommunistische Fraktionsarbeit zu leisten und daß es meine Pflicht sei, stets darüber zu berichten und er sei bereit, mich immer vorerst zu informieren.

Ich erkläre, daß ich ein Spikel meiner eigenen Organisation nicht sein werde und trete lieber aus der kommunistischen Partei als Mitglied aus und warne alle Genossen vor diesen Abenteurern, nachdem ich mich als Mitglied der kommunistischen Partei überzeugt habe, daß es die Kommunisten mit der sogenannten „Einheitsfront“ nicht ehrlich meinen.

Durch mein ganzes Leben habe ich den Standpunkt der einheitlichen Organisation als Arbeiter ehrlich vertreten. Soll ich mich nun in meinem Alter zur Spaltung dieses mühsam aufgebauten Werkes, woran ich durch Jahrzehnte mitgearbeitet habe, hergeben? Nein. In dieser schändlichen Tat gebe ich mich nicht als alter Gewerkschafter her und fordere sämtliche Gewerkschafter auf, die bestehende Form, die einheitliche Organisation, bis zur äußersten Konsequenz zu verteidigen, nachdem nur auf dieser Grundlage es möglich ist, die Schlagkraft der Gewerkschafter zu erhalten.

Miřaß Emanuel.  
Miřaß Emanuel ist heute 60 Jahre alt und über 30 Jahre tätig in der tschechischen Arbeiterbewegung. Er vertrat die kommunistische Partei in der Prořitň Gemeindeversammlung. Kohn mußte ihn davon überzeugen, daß es die Kommunisten mit der Arbeiterschaft nicht ehrlich meinen. Der Austritt Miřaßs wird noch vielen verführten Arbeitern die Augen öffnen.



**Die Deutsche Hauptstelle für Wohnungs- und Siedlungsfürsorge** macht alle Bauinteressenten in deren eigenem Interesse auf die soeben in Prag Archib auf Veranlassung der Hauptstelle erscheinende Sonderausgabe der Durchführungsverordnung und des Kommentars des Sektionschefs Dr. S. Kubista zum neuen Baubewegungsgebot aufmerksam. Die Broschüre ist für alle, die die staatliche Bürgschaft oder die Gebühren- und Steuerbegünstigungen nach dem neuen Gesetz in Anspruch nehmen wollen, unentbehrlich und durch die Deutsche Hauptstelle für Wohnungs- und Siedlungsfürsorge in Prag IV, Na Ralech 288, oder durch die Technische Abteilung der Veranlassungsstelle in Prag II, Negrovo náb. 18/III, zum Preise von K 8.— zusätzlich Porto-frei erhältlich. Mitglieder der Hauptstelle genießen Ermäßigung.

**Ein Neubau eingestürzt.** In Friedlos bei Persels stürzte das aufgestockte Stodwerk eines Hauses mit dem Dachstuhl in dem Augenblick zusammen, als vier Arbeiter das neue Dach mit Ziegeln deckten. Drei der Arbeiter wurden mit dem Gebälk in die Tiefe gerissen, kamen aber mit verhältnismäßig leichten Verletzungen davon. Der vierte Arbeiter sprang acht Meter tief ab und brach sich beide Beine. Eine Biegelträgerin wurde vom abfallenden Gebälk tödlich getroffen.

**Ein tobstichtiger Häftling erschlägt einen Zellengenossen.** Im Polizeigefängnis in Temesvár besand sich seit einigen Tagen ein Geflüchteter, der infolge einer Schlämperlei nicht sofort in die Irrenanstalt überführt wurde, obwar er in der Zelle schon einmal einen Tobstichtsanfall erlitt. Mittwoch nun hörte man aus seiner Zelle furchtbaren Lärm; man fand den Zellengenossen des Verstorbenen in einer Blutlache am Boden, er selber lag, eine Eisenstange schwingend, wild in der Zelle umher. Er stürzte sich dann auf einen hinzukommenden Wächter und versetzte ihm mit der Eisenstange zwei furchtbare Stöße über den Kopf. Der niedergeschlagene Häftling erlag seinen Verletzungen.

**Im Gebirge erstoren.** Auf dem Karlsruher Weisacher wurden nächst dem Riffelort im Salzburger Großglocknergebiet zwei Touristen, ein Mann und eine Frau, deren Identität bisher noch nicht festgestellt werden konnte, erstoren aufgefunden. Eine Bergungsexpedition ist bereits abgegangen.

**Im Kino verbrannt.** Wie die römische „Tribuna“ meldet, brach in einem Kino in einer Ortschaft in der Nähe von Catania während der Vorstellung ein Großfeuer aus, wobei ein zehn-jähriger Junge und ein Mädchen von neun Jahren ums Leben kamen, während elf andere Kinder schwere Brandwunden davontrugen. Die Feuerwehren der Umgebung konnten erst nach langen und aufopfernden Bemühungen nach sechs Stunden des Feuers Herr werden.

**Jugendliche Messerhelden.** In Speyer gerieten am Abend des Pfingstmontags zwei junge Burken in Streit, in dessen Verlauf der 15-jährige Herbel seinen 14-jährigen Gegner durch einen Stich ins Herz tötete; einen anderen Jungen verletzte er durch Messerstiche am Kopfe.

**Der Gesamtschaden des holländischen Unwetters.** Die Sturmkatastrophe, von der größere Bezirke der nördlichen Niederlande heimgesucht wurden, hat einen Gesamtschaden verursacht, der amtlich mit etwa einer Million Gulden angegeben wird. Dazu kommen noch einige hunderttausend Gulden für die zerstörte Textilfabrik in Keede. Insgesamt sind 100 Wohnhäuser beschädigt worden, von denen etwa 150 nahezu völlig durch den Sturm vernichtet wurden.

**Flug Mittelholzers nach Berlin.** Der durch einen Versenkung und seine Durchquerung Afrikas von Ägypten bis Kapstadt bekannte Schweizer Piloter Mittelholzer unternimmt am kommenden Montag einen direkten Flug von Zürich nach Berlin. Er wird in der Reichshauptstadt der Uraufführung seines großen Afrikaflugfilms beiwohnen. Am Abend wird Mittelholzer im Funk einen Vortrag über seinen Afrikaflug halten.

**Erfolgreiche Scheidungsreise.** Lady Bickford, der Bruder von Mary Bickford, dessen erste Gattin sich mit Kotsin verheiratet, hat sich mit seiner zweiten jungen Frau Marilyn Miller nach Paris begeben, wo sich das Paar in gegenseitigem Einverständnis scheiden lassen wollte. Der französische Justizminister Barthou hat jedoch eine Verfügung erlassen, daß solche verabredeten Scheidungen nicht mehr zugelassen werden, da sich die amerikanischen Scheidungsprozesse in Paris allzu sehr häufen.

## Gerichtssaal.

**Erst zu achtzehn Monaten schweren Kerfers verurteilt, dann freigesprochen.**

Prag, 9. Juni. Die Schuldenerin Rosa Jungnickel in Krupa öffnete in der früh um 3/6 Uhr, es war im November des Jahres 1925, die dritte Schußkammer zum reinigen. Da wurde sie von einem in dem Schulzimmer verborgenen jungen Mann mit Schwefelsäure begossen. Sie erlitt schwere Verletzungen am Hals und im Gesichte, der junge Mensch entfloh. Die Jungnickel hatte am nächsten Tage einen Ehrenbeleidigungsprozeß mit einem gewissen Koci, mit dem sie gemeinsam im Gemeinbause wohnte. Sie bezeichnete den Sohn dieses Koci, den 1902 geborenen Josef Koci, als Täter und die Tat als einen Raubakt. Die Gendarmerie nahm den jungen Mann in Haft, der die Tat beharrlich leugnete. Für das Gericht entscheidend aber war die abgezeichnete Schußspitze des Täters. Das Gericht nahm als erwiesen an, daß sich Koci das Schußspiegel deshalb ab-

geschnitten hatte, weil er sich den Schuh mit der Säure verbrannt hatte. Koci behauptete, daß er sich die Schuhe am Abend zum Trocknen auf den Ofen gestellt habe, in der früh wurde er von seiner Mutter vor sechs Uhr geweckt, punkt sechs Uhr befand er sich auf seiner Arbeitsstelle, das Schußspiegel hat er sich vor den Arbeitsameraden abgeschnitten, lediglich weil ihn der Schuh drückte. Der Senat schenkte den Ansagen der Jungin Zugleich, daß Koci der Täter war, Glauben und verurteilte ihn zu achtzehn Monaten schweren Kerfers. Der Verurteilte legte gegen diese Verurteilung Berufung ein und der Oberste Gerichtshof ordnete eine neuerliche Verhandlung an, weil Koci auch inzwischen Entlastungsgenossen anführte, die mit ihm um 6 Uhr zur Arbeit gegangen waren und nicht die geringste Aufregung an ihm über diese Tat bewerkten. In der heute durchgeführten Verhandlung wurde er daher freigesprochen. Wer kennt sich also in der Geschichte aus, ob ihn der Schuh nicht wirklich gedrückt hat oder vielleicht erst jetzt drückt?

## Arme Proletarierfrauen.

Die stillende Mutter.

Prag, 9. Juni. Die Arbeiterin Agnes T. war im November 1925 wegen des Diebstahles einer Uhrleiste im Wert von 100 K zu sechs Wochen schweren Kerfers bedingt verurteilt worden, weil sie damals unbescholten war. Sie hatte die Kette als Dienstmädchen genommen. Heute sah sie wieder weinend vor dem Einzelrichter DVM. Svoboda. Sie hatte in der Zwischenzeit einem Bauer in Kisean, wo sie

lebt, ein bißchen Buttermilch genommen und wurde daher vor dem Bezirksgerichte in Kisean zu zehn Tagen Arrest verurteilt. Infolge dieser kleinen Verurteilung wurde aber das erste Urteil rechtskräftig und so mußte sie heute nach Prag, wo sie sich weinend mit einem Säugling an der Brust vor dem Einzelrichter einfand. Der Richter bewilligte ihr den Strafantritt, bis sie den Säugling nicht mehr stillen müsse.

## Die Kindergefangene.

Nach ihr kam eine 27jährige Frau mit vier Kindern vor denselben Richter. Sie sah wie eine 45-jährige aus, ihre Kleider waren in einem desolaten Zustande. Ein Kind trug sie am Arme, ein zweites, ein vier- und ein siebenjähriges kamen mit ihr. „Wie alt ist der Bub? fragte der Richter. „Sieben Jahre“, sagte die Frau. „Aussehen tut er wie vier oder fünf“, sagt der Richter. „Also hören Sie, Frau, Sie haben da vor drei Jahren irgendwo Wäsche gestohlen, die Strafe ist abgehört, weil die drei Jahre Bewährungsfrist um sind, ohne daß Sie sich etwas zu Schulden kommen ließen. Schön von Ihnen, daß Sie noch zu Gericht gekommen sind, diese Verurteilung entgegenzunehmen.“

Mit mürren Schritten wandt die Arme heraus. „Ist das ein Kleid“, sagt der Richter zum Schreiber, als die Frau draußen ist, „hätte man die Frau verurteilen dürfen, wenn sie inzwischen wieder ein kleines Eigentumsdelikt begangen hätte? Bei dieser Not?“

## Das neue Amsterdam — ein Werk der Sozialdemokraten.

45.000 neue Wohnungen. — Moderne Arbeiterhäuser und Siedlungen. — Aus den Kellern der Altstadt in die jüngsten Wohnburgen.

Von Georg Dieckhoff.

Von den Städten, die ich bisher kennenlernte, ist Amsterdam die erste, an der man ein organisches Sich-Ausbreiten sofort und augenblicklich feststellen kann. Dieses organische Wachstum offenbart sich besonders deutlich dem, der aus Berlin kommt, also aus einem ganz anderen städtebaulichen „System“, und der vielfältig mehrmals Gelegenheit gehabt hat, beide Städte aus der Luft, vom Flugzeug her, zu beobachten. Berlin: ein unlogisches, prinzipienloses Gebilde, vergeblich sucht man ein Zentrum, einen Schwerpunkt, auf dem das Ganze balanciert, aber da ist nur ein aufopferndes Nebeneinander von in sich abgeschlossenen Wohnsiedlungen, wuschelndurcheinander, Industriequartier legen sich um einen Meislerparkblock, und aus 20 Meter Höhe sieht man, daß es reiner Zufall ist, wenn man hier oder da oder dort zu bauen anfängt.

Amsterdam aber ist wie ein Baumstamm (im Querschnitt gesehen), der Jahrzehnt um Jahrzehnt einen neuen Ring angelegt hat. Dieser Eindruck wird noch dadurch verstärkt, daß die vier, fünf Hauptgrachten tatsächlich nicht schnurgerade, sondern eben in Form von Ringen verlaufen — so, daß das Ende einer Gracht nicht weit entfernt vom Anfang liegt. Innerhalb der ersten liegt das ganz alte Amsterdam, das Judenviertel, der Bezirk der Diamantfabriker, so unlogisch elend, zerfurcht und verfallen, daß der Berliner Redding wie eine Hochburg des Kapitalismus dagegen erscheint. Zwischen der zweiten, dritten, vierten Hauptgracht wird es dann immer vornehmer: vom Schloß bis zu den würdevollen altholländischen Patrizierhäusern, die der Invasion junger Industrielonverne nicht standhalten vermochten, und in denen heute Telephone, Kinos und Schreibmaschinen raffen. Bis zur fünften dann die eigentlichen Wohnviertel, die, bei uns, dem Stil der Gründerjahre oder der Blüchenschaft entsprechen würden. Und hinter der fünften: das neue Amsterdam, die Arbeiterviertel in jüngster Hochhausarchitektur, eine Metropole modernsten Stils, wie man sie in foldem Umfang in Deutschland überhaupt nicht kennt. — Plan Zuid und Plan West.

45.000 Wohnurgen hat Amsterdam in den letzten sechs Jahren gebaut. Und baut auch in Zukunft jedes Jahr 8000 neue dazu. Das fünfmal so große Berlin baut nicht etwa fünfmal so viel, sondern nur anderthalbmal so viel. Es ist ein Welt, dessen Durchführung ausschließlich den Sozialdemokraten und ihren Führern zuzuschreiben ist, an ihrer Spitze Wilbaut, den man den „Diktator“ Amsterdams nennt — ein passender Vergleich wäre: der Breiter Amsterdams. Daß man ihre Leistungen anerkennt, zeigten erst jetzt wieder die letzten Gemeinderatswahlen. Die SDAP, unsere holländische Bruderpartei, hat — trotz aller Vorstöße der konfessionellen Gruppen, trotz aller Propagandareisen der unermüdbaren Königin — ihre Positionen glänzend behauptet. In Amsterdam hat sie im holländischen Parlament von 40 Sitzen 15 — in die übrigen 30 teilen sich zehn andere Parteien! (Die Kommunisten allein sind in drei Gruppen gespalten und stellen drei verschiedene Listen auf.) Von sechs Stadtratsposten hat sie drei befehlt, und zwar die wichtigsten: Finanzen; Volkswohnungen; Erziehung und Unterricht. Andere Städte weisen ein gleiches oder doch sehr ähnliches Verhältnis auf.

Ich sprach mit dem Genossen De Miranda, der seit Jahren das Amsterdamer Bauwesen leitet, der die jungen Architekten ausprunt und sie ganze Stadtviertel errichten läßt, ohne ihnen vom Schreibtisch aus großväterliche Mahnungen zu erteilen. Schon das Rathaus, wo man seine Arbeitsstätte untergebracht hat — schon dieses Rathaus, glaubt mir, läßt einem das Herz im Leibe sahen. Der glatte Bau aus saft rötlichem Backstein, Würfel ohne Stuck: die nicht hohen, aber sehr langen Fenster, mit einem breiten weißen Holzrahmen außen; die gerästelten Korridore mit Bil-

dern junger unbekannter Maler — das alles ist unbureaucratisch im höchsten Grade. Und dann fand ich eines Morgens am Nagelhaansplatz — eine weitgedehnte Fläche, rings erheben sich jene Bauwerke aus beschwingter Kraft, in denen, endlich, Menschen von heute wohnen können — da merke ich, wie künstlich so ein Metropolis-Plan ist gegen die Wirklichkeit.

Ihr kennt, vielleicht aus Bildern, das Bauhaus in Dessau. Gut, das sind doch aber nur ein paar Gebäude für Schüler, Unterricht, Professoren. So aber sind hier ganze Straßen, Straßenblöcke, Bauviertel. Und dies auf einem unglaublich schwierigen Baugrund aus Morast und Sumpf. Noch heute muß man in Amsterdam auf Pfählen bauen — auf 4500 Pfählen ruht allein das neue Stadion für das Olympia 1928. Nur die flachen Siedlungsdörfer können auf einer Betonplatte errichtet werden — sie umfassen Tausende von Einfamilienhäusern, die im Serienbau billig hergestellt werden, bei aller Einfachheit doch schön und in ihrer Gesamtheit sogar monumental wirken. Weil das Zweckmäßige eben immer schön und das aus dem Geist der Gemeinschaft heraus Erreichte immer monumental wirkt. — Und das nennt man, unpersonlich, „unheimlich“? Ich weiß nicht, ob die Persönlichkeit des Hausbewohners nicht viel mehr vergewaltigt wird, wenn man ihn zwingt, hinter Engeln und Koken aus Estrich zu wohnen. Und ob unfröhliche Pfeiler und Bögen und Erker eine Wohnung heimischer machen.

Nirgends wird das Prinzip „Mein Haus ist meine Burg“ so konsequent durchgeführt wie gerade in Holland. Der Sinn für das Hausliche und Familiäre ist in allen Schichten, auch im Proletariat, stark ausgeprägt. Und über deshalb auch auf die Wohnbauarchitektur keinen Einfluß aus. Jede Wohnung hat ihren besonderen Zugang von der Straße her — in den neuen Vierteln sah ich sogar Häuser, in denen die Treppen an der Außenseite angebracht sind, um dieses Prinzip nicht zu zerstören. Die einzelnen Wohnungen liegen nicht, wie bei uns, übereinander, sondern nebeneinander — das heißt: jede Wohnung nimmt die ganze Höhe eines Hauses von unten nach oben ein — im ersten Stock Wohnzimmer und kleine Küche, im zweiten und dritten die vier bis fünf (?) Schlafzimmer — nebenan, vom Nachbarn also völlig getrennt, steigt dann die nächste Wohnkammer auf, und so fort. Der Zweck eines Zimmers wird schon beim Bau des Hauses genau festgelegt, in Wohn- und Schlafzimmern werden von vornherein entsprechende Schränke und Trüben eingebaut, was natürlich dann an Möbeln spart. Die Zimmer sind nicht sehr groß — ich sah manche, die nicht größer waren als 8 oder 9 Quadratmeter — dafür hat aber jedes Kind eine eigene Schlafstube. Und es muß gesagt werden, daß man auch in den sogenannten „besseren“, in den bürgerlichen Häusern den Wohlstand anderer Länder gar nicht kennt.

Die Mieten entsprechen einem Sechstel des durchschnittlichen Arbeitswochenlohnes, betragen also etwa 5 bis 6 Gulden wöchentlich. Man hat jetzt 1500 Wohnungen für die Allerärmsten gebaut, die in den (auf Vereiben der Sozialdemokraten polizeilich geschlossenen) Kellern der Altstadt gehaut haben, geplagt von den Ratten und, was schlimmer war, von der Feuchtigkeit des nahen Grundwassers, hat sie aus diesen Löchern herausgeholt und in die neuen sauberen hellen Häuser verpflanzt; die brauchen nur 1 bis 2 Gulden wöchentliche Miete zu zahlen.

Rein: bis in dieses neue Amsterdam fahren die Cool-Autos nicht. Das gehört nicht mehr zu den Attraktionen des Romantischen, zu der unheimlichen Stadt der Grachten — die Amerikaner und die englischen Jungfern interessieren das nicht. Sie wollen etwas anderes sehen für ihr Geld: den Schmutz, die „pittoresken“ Elendsviertel und die Gassen, in denen die Armut haust. Da mögen sie sich aber nur beilen.

## Volkswirtschaft.

Die Lage der Bergarbeiter im Trautener Revier.

Das Jahr 1926 war, wie aus dem Tätigkeits- und Rechenberichtsbericht des Revierrates für den Trautener Revierbergamtsbezirk mit dem Sitz in Trautenaue für das Jahr 1926 hervorgeht, ein weiteres Leidensjahr der Bergarbeiterschaft dieses Revieres. Kurzarbeit, Entlassungen und Sinken des Reallohnes sind die Bilanz des verflochtenen Jahres. Die durchschnittliche Zahl der Arbeiterchaft ist gegen das Vorjahr um etwa 14 Prozent gesunken, gegenüber dem Jahre 1921 ist der Arbeiterstand um nicht weniger als 36 Prozent zurückgegangen. 1921 waren nämlich im Revier 3475 Menschen beschäftigt, 1926 aber nur 2234. Trotzdem ist die Produktion gestiegen und zwar in dem genannten Zeitraum von 4.019.910 Meterzentner auf 4.111.260 Meterzentner. Trotz der um 36 Prozent geringeren Belegschaft ist also die Förderung gestiegen. Die Leistung pro Arbeiter und verfahrenen Schicht betrug im Jahre 1921 4,2 Meterzentner, 1926 aber 6,84 Meterzentner, das heißt die Leistung des Arbeiters ist um mehr als ein Drittel gestiegen. Dagegen ist der Durchschnittslohn pro Schicht in dem genannten Zeitraum von K 56,58 auf K 32,69 gesunken.

Trotzdem also die Leistung der Arbeiter gestiegen ist, und zwar um mehr als ein Drittel, ist der Lohn um fast ein Drittel gesunken.

Die Arbeiterlohnkosten betragen pro Meterzentner geförderter Kohle 1921 14,01, 1926 aber nur 4,98 K, das heißt die Lohnkosten pro Meterzentner geförderter Kohle sind um fast zwei Drittel gefallen.

Der technische Fortschritt im Kohlenbau wird also dazu ausgenützt, Arbeiter zu entlassen und die übrigbleibenden Arbeiter schlecht zu bezahlen. Der ganze Profit aus dem technischen Fortschritt kommt den Unternehmern zugute.

## Vor der Aussperrung von 12.000 Arbeitern in der Seidenindustrie.

Da sich die Arbeiterschaft in der Seidenindustrie mit der beinahe vollständigen Ablehnung ihrer Lohnforderungen nicht zufrieden gab, sondern in einigen Betrieben die Arbeit einstellte, gaben die Unternehmer eine Kundmachung heraus in welcher folgendes verlaubar wird: „Sollten die Umstände bis zum 9. Juni 1927 nicht abgebrochen und Verhandlungen über das Angebot des Seidenverbandes beantragt sein, dann gilt diese Zuschrift als Kündigung für den 11. Juni 1927, mit welchem Tage dann unser Betrieb stillgelegt wird.“ Also die streikenden Arbeiter sollen erst die Arbeit aufnehmen und um Aufnahme von Verhandlungen bitten, geschäftlich dies bis Donnerstag, den 9. Juni, nicht, so sind mit Samstag, den 11. Juni 1927, alle Seidenarbeiter entlassen oder ausgesperrt. Auf Grund dieser Kundmachung der Unternehmer werden 12.000 Seidenarbeiter auf die Straße gesetzt. Die Unternehmer werden bereits allen ihren Arbeitern die Entlassung in reformandierten Briefen zu, welche aber nicht angenommen werden und gehen an die Unternehmer zurück. Man sieht daraus, daß die Unternehmer trotz allen Jammer über die schlechten Zeiten noch sehr viel Geld auf Porto übrig haben. Die Arbeiterschaft und ihre Organisationen sind selbstverständlich zu Verhandlungen jederzeit bereit, wenn man wirklich ernsthafte Angebote macht, werden sich jedoch dem Diktat der Unternehmer nicht beugen, infolgedessen ist mit ziemlicher Bestimmtheit zu rechnen, daß ab Montag die angekündigte Aussperrung in Kraft tritt.

## Um die Erholungsurlaube der Bergarbeiter.

Das Oberbergbauobergericht in Prag hat am 8. d. M. über die Berufung der Bergbauunternehmer gegen das Urteil des Bergbauobergerichtes in Falkenau verhandelt, welches am 22. April l. J. entschied, daß die durch den eintägigen Demonstrationsstreik verursachten Schäden als entschuldigt zu betrachten sind. Das Oberbergbauobergericht hat die Berufung der Bergbauunternehmer abgewiesen und es tritt demnach das Urteil, welches in der Redaktion der Narodni Listy „den Eindruck erweckt hat, als ob es irgendwo in einem Gewerkschaftssekretariat geschrieben wäre“, in Rechtskraft.

## Französisches Kapital in der Tschechoslowakei.

Im „Prager Börsenjournal“ wird eine in Frankreich gegründete Holding-Gesellschaft besprochen, deren Aufgabe es ist, die französischen Interessen auf dem Gebiete der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie zu vertreten. Diese Gesellschaft heißt Union Européenne Industrielle et Financière. Ihr Hauptbeteiligter sind der Rüstungsabrikant Schneider-Creuzot und die Banque de l'Union Parisienne. Die Gesellschaft besitzt die absolute Mehrheit der Aktien der Stoba-werke und zwar von 625.000 Aktien 315.000 Stück. Ebenso besitzt sie die Mehrheit der Berg- und Hüttenvergesellschaft, einen Teil der Aktien der Ungarischen Allgemeinen Kreditbank, der Niederösterreichischen Eskomptegesellschaft (wodurch sie auch Einfluß hat auf die Prager Eskomptebank und Kreditanstalt) und kleinere Werke in Polen.

# Einst Mühe und Plage jetzt fröhliche Tage!



Fräulein Klug genießt ihr Leben. Sie plagt sich nicht mit Rumpeln und Reiben, sondern läßt Radion die Arbeit tun.

## Radion wäscht allein!

„Löst Radion in kaltem Wasser auf, gebt die vorher eingeweichte Wäsche hinein, laßt 20 Minuten kochen, schweift aus!“

Wäsche rein und blendend weiß! Reiben und Rumpeln ist unnütze Plage, ruiniert Wäsche und Hände und — wird man vielleicht schöner davon?

## Radion das ideale Waschmittel schont die Wäsche!



Annie Klug

### Devisenkurse.

Prager Kurse am 9. Juni.

	Gold	Ware
100 holländische Gulden	1350.75	1350.75
100 Reichsmark	797.87 1/2	801.87 1/2
100 Belgas	488.—	471.—
100 Schweizer Franks	647.62 1/2	650.62 1/2
1 Pfund Sterling	163.42 1/2	164.62 1/2
100 Lire	180.30	187.70
1 Dollar	33.61 1/2	33.91 1/2
100 französische Franks	131.75	132.95
100 Dinar	54.16	59.68
100 Rens	587.75	590.75
100 polnische Zloty	375.75	378.75
100 Schilling	473.37 1/2	476.57 1/2

### Literatur.

#### Romane der Welt.

Georg Chellis: Ein Teufelskerl. (318 S.). Jane Grey: Die Grenzlegion (351 S.). Hugh Walpole: Bildnis eines Rothhaarigen (320 S.). Maurice Leblanc: Die Dame mit den grünen Augen (253 S.). Hermann Melville: Taipi (318 S.). Pio Baroja: Jahrmärkte der Gescheiten (324 S.). Geb. je 2.85 M. Verlag Th. Auers Nachfolger, Berlin.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß die neueste deutsche Literatur sich in Gefilde verloren hat, in die ihr die große Masse der Leserschaft nicht mehr folgen kann und will; es besteht kein Zweifel darüber, daß die deutsche Literatur seit jeher arm war an literarisch wertvollen spannenden Unterhaltungsromanen, wie sie die englisch-amerikanische Literatur aufzuweisen hat. Da nun gerade in unserer Gegenwart, aber dennoch erlebnisarmen Zeit das Bedürfnis nach bunten, fesselnden, über den Alltag hinausführenden Geschichten ungeheuerlich gewachsen ist (selbst das Kino kann dieses Bedürfnis nicht befriedigen), ist ein Unternehmen wie die Bücherreihe „Romane der Welt“, das jede Woche zu mäßigen Preisen einen gediegen ausgestatteten Band bietet, nur gutzuheißen. Niemand, der das Unterhaltungsverlangen der großen Massen und auch die deutsche Romanproduktion kennt, wird den Herausgebern der Reihe, Thomas Mann und H. G. Schöffauer, einen Vorwurf daraus machen, daß die ersten sechs Bände keinen einzigen deutschen Autor bringen; was Absicht und Sinn dieser Romanensammlung ist, kann durch den deutschen Roman nicht erzielt werden; also müssen wir bei den Nachbarn borgen. Wohl aber kann man den Herausgebern starke Vorwürfe machen wegen des Niveaus, auf das sie sich mit den ersten Erscheinungen begeben haben. Unterhaltungslektüre und Unterhaltungsliteratur sind zweierlei. In einer Einseitigkeit sieht Thomas Mann auseinander, daß das Unternehmen das „Massengericht“ suchen und darbieten wolle. „Massengericht“ ist ein Kautschulausdruck; wenn aber das „massengericht“ ist, was in den ersten sechs Bänden steht, dann ist es um die Masse und ihren Geschmack noch schlechter bestellt, als die pessimistischsten Pessimisten bisher annahmen. Die Romane bewegen sich auf der Höhe der blutrünstigsten Indianergeschichten und der albernsten Detektivbücher. Da ist Georg Chellis mit seinem „Teufelskerl“, einer abstoßenden, in Massensalätereien schwelgenden Piratenerzählung, dann Jane Grey mit der „Grenzlegion“, einer wohl recht farbigen, aber inhaltlich ganz verbrauchten, abgedroschenen Vanditen- und Goldgräbergeschichte; da ist Hugh Walpole mit dem „Bildnis eines Rothhaarigen“, einem langweiligen, auf eine ekelhafte sadistische Szene zugespiigten englischen Schloßroman; da ist Maurice Leblanc mit dem wohl gut gefingerten, aber selbst für einen Detektivroman zu simpel endenden Arsen-Eupin-Abenteuer „Die Dame mit den grünen Augen“. Da ist Hermann Melville mit einer im Stil längst veralteten und auch sonst längst überholten Südschiffabenteuer „Taipi“, die eigentlich gar kein Roman ist. Und da bleibt als das einzig distinkte Werk des spanischen Dichters Pio Baroja sehr pessimistischer aber kluger, farbenreicher, satirisch zugespitzter Roman vom „Jahrmärkte der Gescheiten“. Von den angekündigten Bänden hat nur Bernard Shaw's bereits wohlbekannte Bozergeschichte

„Casel Throns Verus“ künstlerischen Wert; alles andere ist schale Fünfspennigromantik, urältestes, verstaubtes Klischee. Ein bißchen moderner Geist könnte schon durch diese Romantrie wehen, und ein bißchen mehr Geschmack bei der Auswahl der Manuskripte wäre nicht schädlich. Man kann es bei der Lektüre so mancher dieser Schauergeschichten nicht begreifen, daß Thomas Mann, der zurückhaltende, vorsichtige, konservative, sie herausgegeben, daß er diese Schmarrenromane für „massengericht“ erklärt hat. Also: strenger, kritischer, moderner, geschmackvoller bei der Auswahl, sonst wird dieses im Prinzip sicherlich zukunftsreiche und erfolgversprechende Unternehmen bei den literarisch anspruchsvolleren Leserkreisen wenig Freunde gewinnen.

Fritz Rosenfeld.

### Aus der Partei.

#### Jugendbewegung.

S. J. Sonntag, den 12. d. M., Vodeausflug nach Kře und Kurnatik. Treffpunkt halb 9 Uhr Endstation der Ser-Elektrischen in Michle.

### Der Film.

Der Film als Heilmittel. Die Berliner Deutlich hat vor kurzem den politischen Film „Das Land unterm Kreuz“ gedreht, was zur Folge hatte, daß vom polnischen Ministerium des Innern vorläufig alle Deutlich-Filme für Polen verboten sind. Als Gegenstück zu diesem Film hat nun der Verband der Aufständischen einen Propaganda-Film anfertigen lassen, in dem zuerst versucht wird, den historischen Anspruch Polens auf Schlesiens geltend zu machen, worauf Bilder aus dem Zustand mit geschichtlichen Daten folgen. Eingestreut sind Aufnahmen aus dem Industriegebiet, wo man Fabriken für Giftgase für den künftigen Krieg zeigt und ähnliches mehr. — Druck erzeugt Gegendruck. — das ist eine alte Weisheit. Wird aber die deutsche Regierung den Mut haben, die Erzeuger des aufgelegten Heilmittels zu belangen? Wünschenswert wäre es.

Zensur auch in Amerika! In Chicago hat die Zensur den Film „Die Nacht der Liebe“ (United Artists) — bei uns schon gelassen) verboten. Das Verbot wurde vom Obersten Gerichtshof verworfen und bei der Verhandlung äußerte sich der Richter Joseph David zu dem Anwalt der „United Artists“ folgendermaßen: „Warum führen Sie Ihre Filme nicht einfach vor und lassen sich dann zensurieren? Wenn wir einmal in dem Zeitalter der Zensur leben, sollten wir Zensur haben für alles und nicht bloß für Filme. Wir haben Gesetze, die uns vorschreiben, was wir trinken und was wir sehen dürfen. Wir sollten dann auch Gesetze haben, die uns vorschreiben, was wir denken sollen. Wenn wir diesen Film verbieten, wie können wir dann konsequent sein? Sollen wir auch die Langsäule und die Oper unter die Zensur stellen? Sollen wir „Tristan und Isolde“ und „La Bohème“ zensurieren? Wir leben in einem Zeitalter der Heuchelei! Es besteht nicht der geringste Grund, den Film zu verbieten. Wenn dieser Film verboten wird, sollte jeder Felsen Literatur, in dem etwas von Liebe vorkommt, auch verboten werden. Es muß ein ziemlich niederes Tier sein, das an dem, was wir eben gesehen haben, moralisch Schaden nimmt!“ Soweit der Richter. Seinen Worten ist allem etwas hinzuzufügen.

Fusion Deutlich und Ufa. Zwischen der Ufa und der Deutlich sind Verhandlungen im Gange, die auf eine enge Interessengemeinschaft der beiden Filmfirmen hinführen, die eine ganze Reihe gemeinsamer Interessen haben.

Fritz National, die in der nächsten Saison in Deutschland produzieren will, hat für ihre Zusammenarbeit mit Deutschland unter anderem auch den deutschen Regisseur Friedrich Feilich gewonnen.

Ein Nähmaschinen-Film wurde in Deutschland hergestellt. Es ist ein Kulturfilm, der mit der Maschine und der Arbeit einer Nähmaschine bekannt macht.

### Mitteilungen aus dem Publikum.

#### Ein für allemal erioft!

Ein unnützes Möbel ist die Wäscherrumpel, seitdem es Radion, das neue, fabelhafte Waschmittel gibt. Untersuchungen an den wissenschaftlichen Instituten der Gewerbeindustrie haben ergeben, daß die Wäscherrumpel durch das altmodische Rumpeln auf dem Wellblechbrette viel mehr beschädigt wird als durch das Tragen.

Man suchte daher nach einer schonenderen Reinigungsmethode für die Wäsche und erfand das Radion. Das eigentliche Waschen selbst entfällt. Man löst Radion kalt auf, gibt die Wäsche in die kalte Lösung, erwärmt langsam, kocht 20 Minuten und schweift gut aus. Das so schädliche und anstrengende Rumpeln entfällt vollständig, daher wird die Wäsche äußerst geschont, viel Zeit und Mühe erspart. 4726a

#### Der Lehrer als Hüter der Kultur.

Unsere Zeit verlangt eine Neuorientierung der Lehrer, aber auch der Eltern, damit Haus und Schule, Lehrer und Kinder gemeinsam fortschreiten. In dem illustrierten Hausblatte der Schichtwerke, der Schichtpost, wird zu dieser Frage in einer Reihe allerliebster Skizzen Stellung genommen. Keine belehrenden Aufsätze, sondern Darstellungen aus dem Leben, aus aller Welt, Notizen für Hauswirtschaft, Rätsel usw.

Die Schichtpost ist in allen Geschäften beim Einkauf von Schicht's Terpentinseife, Schwanseife, Frauenlob, Schwanseifenfäden, Uminol oder auch Bisan- oder Nita-Margarine gratis zu erhalten. 4749

### Turnen und Sport.

#### Zur II. tschechoslowakischen Arbeiter-Olympiade in Prag.

Mit dem Jugendtag am 26. Juni beginnen in Prag die Festlichkeiten der 2. tschechoslowakischen Arbeiter-Olympiade. Es werden dabei über 10.000 Schüler und Schülerinnen auftreten. In diesem Tage wird auch ein sternförmiger Stafettenlauf durch Prag durchgeführt werden, sowie besonderes Auftreten der Prager Bezirke und die erste Aufführung der Festspiele.

Der öffentliche Verkauf der Eintrittskarten zur Olympiade wurde in der zweiten Hälfte des Monats Mai aufgenommen. Das rege Interesse, welches das arbeitende Volk diesen Festlichkeiten entgegenbringt, ist am besten daraus zu ersehen, daß im Laufe von 14 Tagen bereits ein Großteil der Karten verkauft wurde.

Starke Beteiligung des Auslandes. Ein mächtiger zentraler Organisationsapparat mit 5500 Mitgliedern arbeitet fieberhaft an der Fertigstellung des großen Wertes, zu dem heute schon vierzehn europäische Nationen angemeldet sind. Die Beteiligung des Auslandes ist also noch größer, als auf der 1. Internationalen Arbeiter-Olympiade in Frankfurt a. M. Aus Deutschland sind 1000 Teilnehmer erwartet, drei Expeditionen aus Österreich, Ungarn hat 53 Teilnehmer angemeldet, die Schweiz 12, Belgien 20, Frankreich 12, Polen 57, Lettland 20, die Ukrainer werden sich mit 100 Mitgliedern beteiligen, aus Jugoslawien kommen 10. Die finnischen Arbeitersportler haben die Entsendung ihrer besten Athleten versprochen, die Engländer entsenden sechs Wettkämpfer, aus Rumänien ist die Ankunft einer Fußballmannschaft angekündigt.

Prominente sozialistische Politiker aus verschiedenen Ländern werden zugleich mit den Expeditionen der Arbeiter-Turn- und Sportverbände nach Prag kommen. Der Vorsitzende des Internationalen Arbeitersportkomitees, Albert Thomas, hat seinen Besuch bereits versprochen, ebenso aus England der Abgeordnete F. D. Roberts, vielleicht auch Ramsay MacDonald; aus Frankreich Le Troquère und Renaudel. Für das Sekretariat der Zürcher Sportinternationale haben Bridoux und Deblioger ihre Teilnahme zugesagt.

Freundschaftsabend. Am 5. Juli werden die deutschen proletarischen Organisationen in Prag zu Ehren der Teilnehmer aus Deutschland, Österreich und der Schweiz usw. einen Freundschaftsabend im Theatergarten (Café Elektra) veranstalten.

Theater und Besichtigungen. Die deutschen Gäste erhalten auch ermäßigte Eintrittskarten zu der Sondervorstellung im Prager Deutschen Theater. Für den 5. Juli sind für die ausländischen Gäste Besuche der Denkmäler in der Umgebung Prag's und Ausflüge in die Prager Umgebung vorgesehen.

Tschechoslowakische Turnerschaft nach Lettland, Finnland und Breslau. Unmittelbar vor der 2. Arbeiter-Olympiade in Prag entsendet der tschechische Arbeiter-Turnverband (ATV) zwei Expeditionen ins Ausland. Am 7. Juni fuhr eine zehngliedrige Frauenriege nach Sellingsfors, um bei den Festlichkeiten des finnischen Arbeiter-Sportverbandes mitzuwirken. Auf dem Wege nach Finnland nahmen die Turnerinnen in Riga Aufenthalt, wo sie bei dem Sport- und Turnfest der lettischen Arbeitersportler auftraten. Am 26. Juni beteiligt sich eine Expedition des tschechischen Arbeiter-Turnverbandes am Kreisturntag des Arbeiter-Turn- und Sportverbandes Schlesiens, welcher in Breslau abgehalten wird.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czich  
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß  
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei in Prag  
Für den Druck verantwortlich: Otto Holik, Prag.

### KINO-PROGRAMM

Vom 10. Juni bis 16. Juni 1927.

**Wran Urania-Kino** 3079  
Einziges deutsches Kino Prags. Tel. 4129  
„Die lachende Grille“. Sensationelle deutsche Starbesetzung! Lya Mara, Yvonne Guilbert, Harry Liedtke, Abel Klöpfer, Klein-Roggen, Veronika Now.

**LIDO 310** 301  
Der heilige Teufel.  
In der Hauptrolle Rudolf Valentino.

### Wo verkehren wir?

Café „Continental“, Prag, Graben

Gastwirtschaft  
**LIDOVÝ DŮM**  
der Genossenschaft Ganymed  
Täglich Konzert. PRAG II., Huberská NT 7

**Café „Nizza“**  
Kgl. Weinberge, Pochova 27.  
Unser Stammlokal

### DRUCK- U. VERLAGSANSTALT GESELLSCHAFT MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG

empfehlen sich den p. t. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Drucksachen wie: Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitteilungsblättern, Einladungen, Plakaten, Flugzetteln, Fakturen, Briefkopfen usw. in solider und rascher Ausführung, Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb

**IN TEPLITZ-SCHONAU**  
TISCHLERGASSE NR. 6.